

eröffnet in diesem
dem 18. März; nach
Galopprennen nicht
März stattfinden. Der
Winter haben nachteil-
auf das Training der
infolge der starken
Nachmittag gearbeitet
omplizierte 70 Morgen
Nachfrösten und dem
wollen hoffen, daß bis
e und laue Luft den
sonat März dürfen nur
daher stehen auf dem
ndernieren, für die Ein-
ausgelegt sind. Die Ein-
1 bis 7 Mt. Die Ren-

Preisblatt des
Stadtrates Bocholt.
Inhalt: Angelegen-
des Landratsamtes,
von Bürgermeister-
ämtern und Beamten
des Reiches. Bocholt.
Organ
der Gemeindeverwaltung.

Volksblatt

Geschäftsstellen
Bocholt: Reichshaus-
straße 14. Borken: 3054.
Gammeln: 3054.
Bielefeld: A. Heinrichs.
Halle: W. Welling.
Köln: Th. Warras.
Verlag: Bocholt.
Druck: Dortmund 1.

Nummer 70

Samstag, den 10. März

Jahrgang 1928

Das Panzerschiff im Landtag.

Ministerpräsident Braun begründet
die Ablehnung durch Preußen.

11. Berlin, 9. März.

Der Landtag erledigte heute zunächst einige kleine
Vorlagen und ging dann sofort über zur zweiten Lesung
des Hausbesuchs des Staatsministeriums und
des Ministerpräsidenten. Mit der Be-
ratung ist u. a. auch eine

deutschnationale Vorlage über den Reichsstaatsbesuch auf
Streichung der ersten Rate für den Neubau eines Panzer-
kreuzers

verbunden.
Abg. Baentig (Sog.) eröffnet die allgemeine Aus-
sprache und erklärte, man müsse hinsichtlich eines bald
kommenden endgültigen Reichsfinanzgesetzes hoff-
nungsvoll gestimmt sein. Trotzdem sei ein einheitlich
fester Wille in dem Reich, die Staatsverwaltung zu
vereinfachen, selber zu vermehren.

Abg. Steinhoff (Dtn.) erklärte, brauchen in der
Welt vertrieben man es nicht, daß der preussische Mini-
sterpräsident bauernd vor sich habe die deutsche
Fahne mache und daß er die Verhältnisse in dieser
Frage aufkläre. Ferner sei unverständlich die Be-
handlung des Falles Claß. Die Auffassung, er
habe die Befugnisse gehabt, widerspreche auch dem Ur-
teil des Staatsgerichtshofes. Auch in der Frage des
Panzerkreuzers gebe das Verhalten des Minister-
präsidenten Anlaß zu schwerer Kritik. Er habe geäußert,
daß es nicht zuträfe, daß es sich um die Sicherheit von
Preußen handele; er habe aber auch ausge-
sprochen, daß wir Deutschen nicht verpflichtet wären, in
unserer Wehrkraftlosigkeit zu gehen, wie es die Gegen-
partei im Reichstag erlaubt hätten. Das sei eine,
vom deutschen Standpunkt aus gesehen,

unerschützte Ansicht.

(Inhaltende Unterbrechungen.) Diese Ansicht stimme auch
nicht überein mit der Reichsregierung. Das Landvolk
lasse sich von staatsrechtlichen Gesichtspunkten leiten.
(Geheißer links.) Das Landvolk sei entschlossen, seine
Rechte zu wahren! Sollten sich bringen die Krawallen ein
anderes Bild. Wir wollen heraus aus Parlamentarismus
und Parteipolitik. Wir haben auch nach dieser Angele-
genheit die deutsche Nation im Auge (Geheißer links)
bei den Deutschnationalen! Große Unruhe und Ge-
genschläge links und in der Mitte.)

Ministerpräsident Dr. Braun nahm hierauf
das Wort. Seine Darlegungen im Hauptauschuss, daß
wir wohl berechtigt sind, unsere Kräfte in die Vor-
arbeiten des Reichsstaatsbesuchs einzubringen, daß wir
aber nicht verpflichtet sind, dies in allen Ein-
zelheiten auch zu tun, von dem deutschnationalen Vor-
redner als eine unerschütterliche Stellungnahme erklärt worden
(Geheißer sehr richtig! rechts) Ich befinde mich aber
dabei in einer sehr guten Gesellschaft und zwar in der
Reichsregierung, die auch die 12 Torpedobooten zu
270 Tonnenn und von weiteren 12 Torpedobooten zu
270 Tonnenn fordert. Die Reichsregierung hat aber er-
klärt, sie werde die letzten 12 Torpedobooten nicht
kaufen, weil sie unzumutbar sind. (Geheißer links)
Hört! Hört! links! (Dtn. rechts) Was die Frage angeht,
ob es „zweckmäßig“ ist, ein Panzerkreuzer in der Größe von
10 000 Tonnenn zu bauen,

so ist jetzt wieder bei den Beratungen im Reichstag zum
Ausdruck gekommen, daß noch vor zwei Jahren der
Chef des Admiraltätsabtes erklärt hat, daß
der Bau von Panzerkreuzern zu 10 000 Ton-
nen vollkommen unzumutbar sei, ganz be-
sondere größere Panzerkreuzer, die anderen Ge-
meinschaft. Es fragt sich nur, unter welchen Umständen die
Aufstellung der Marineleitung sich gewandelt hat, daß sie
jetzt kann die Frage beantworten und den Einfluß
vermitteln, der bei der Marineleitung erreicht hat, daß sie
nun die Leistungsfähigkeit solcher 10 000 Tonn-Panzer-
schiffe nicht erkennt. (Anhaltende Unterbrechungen) bei
den Deutschnationalen.) Die preussische Staatsregierung
aber ist mit der Marineleitung, die sie gemein-
sam mit der Reichsregierung schon vor zwei Jahren hat.
Wenn die Zivilverwaltung während des Krieges et-
was mehr Courage gehabt hätte gegenüber dem „Geiste der
Militärverwaltung“, deren Intelligenz sich noch jetzt in
einer merkwürdigen Weise bei Herrn Lubenow äußert,
(Sehr gut! Lebhaftes Zustimmung links), dann wäre uns
gewiß manches erspart geblieben. (Geheißer „Sehr rich-
tig!“ links). Daß auch jetzt noch die Auffassung durch-
aus berechtigt ist, man dürfe nicht ohne weiteres alles Billi-
gen, was die Militärs als notwendig bezeichnen, das ist
klar. Generaloberst von Seeckt, der bisherige Gene-
ralstabschef, in einem Artikel zum Ausdruck gebracht, es
habe, als Politiker völlig abhandeln, wenn man nach dem
Einfluß des militärischen Rates erklärt, die Sache sei
nun schon entschieden. Wenn wir die absolute Beant-
wortung haben, dann müssen wir auch das Recht für uns
in Anspruch nehmen, über die Zweckmäßigkeit von
Anforderungen zu entscheiden. (Geheißer Zustimmung, links)
Ich möchte noch darauf hinweisen, wie notwendig dies ist,
nachdem sogar der letzte neue Herr Reichswehrminister
im Reichstagshaushaltsausschuss noch offen erklärt hat:
„Ich will hier das ehrliche Geständnis ablegen, daß ich
unseren Militärs nicht vor dem Reichstag erklären kann,
daß die preussische Auffassung vor dem Krieges-
Anbruch gegeben haben würde, wäre von Ihnen (zu den Dtn.) als An-
nahme für „unzumutbar“ worden. (Geheißer Zustimmung,
links) Es ist sehr richtig, daß die preussische Auffassung
vor dem Krieges-Anbruch gegeben haben würde, wäre von
Ihnen (zu den Dtn.) als Annahme für „unzumutbar“ worden.
Serie von drei Schiffen. Es handelt sich um eine
Reihe von drei Schiffen, die zusammen 200 Mt.
kosten sollen. (Geheißer links) Hört! Hört! links!
Jureste rechts: Sehr gut! Im Hinblick auf den

Gesamt der finanziellen Lage

hat die preussische Staatsregierung die Zweckmäßi-
keit und Notwendigkeit solcher Bauten im
letzten Augenblick verneint.

Dabei spielte noch die Erwägung eine Rolle, daß die
ehemaligen deutschen Kriegsschiffe ganz deutlich im Ver-
fall der Zeit ihre Bestimmungen zu getroffen haben,
daß uns ein wirklich wirksames Wehrinstrument garnicht
mehr zu Gebote steht. Ist es nun zweckmäßig, so unwir-

same Möglichkeiten des Verfallens Vertrages bis zum
letzten Worte auszusprechen,

sollte man nicht lieber das Schicksal unserer
Außenpolitik auf Recht und Verstandung legen?

(Sehr richtig, links. Stürmische Gegenun-
gedungen bei der Deutschen Dtn. und den Dtn. Rufe:
Stresemann!) Meine Herren Deutschnationalen, ich ver-
stehe Ihre Aufregung nicht. Ihre Partei hat sich doch im
Reichstag auf den Standpunkt der Richtlinien gestellt, die
im Sinne der Außenpolitik Dr. Stresemanns eine Ver-
ständigung erstreben. Was nun die Auffassung angeht,
daß das Panzerkreuzer für den Küstenschutz gegen Bodden
notwendig sei, so ist doch merkwürdig, daß gerade auch
die Vertreter von Hamburg und Lübeck, die
am ehesten wegen einer Blockade beunruhigt sein müßten,
gegen dieses Panzerkreuzer stimmen. Weiter
wurde gesagt, der Weg nach Ostpreußen müsse durch das
Panzerkreuzer freigehalten werden. Glauben Sie (zu den
Dtn.) wirklich, daß in einem Kriegesfall mit den vier
Panzerkreuzern der Weg nach Ostpreußen versperrt werden
könnte, während doch die Gegner über zahlreiche Unter-
seeboote verfügen?

Wenn wir Ostpreußen helfen wollen gegen die
lawische Zeit,

die an seinen Grenzen brandet, dann müssen wir in erster
Linie den wirtschaftlichen Druck mildern,
unter dem diese Grenzprovinz leidet. (Sehr wahr! links).
Weiter ist in der deutschnationalen Anfrage noch die Rede
daran, daß es sich bei dem preussischen Vorgehen um ein
„planmäßiges Vorgehen der Staatsregierung gegen die
Reichsregierung“ handelt. Dies ist eine unbewiesene Be-
hauptung. Wenn jedes Abweichen vom Standpunkt
der Reichsregierung ein „planmäßiges Vorge-
hen“ gegen das Reich wäre, dann müßten wir kon-
statieren, daß so ziemlich sämtliche Länder dieses
„planmäßigen Vorgehens“ schuldig sind.

Die preussische Staatsregierung hat sehr oft die Reichs-
interessen als die übergeordneten vor die Landesinter-
essen gestellt. Das ist auch von den verschiedensten Reichs-
regierungen anerkannt worden. Selbst der Herr Reichs-
kanzler Marx hat, als er einige Zeit hindurch preussische
Ministerpräsident war, hier im Landtag erklärt, daß
die preussische Staatsregierung stets die Haltung der
Reichsregierung gegenüber eingenommen habe, daß sie
dafür aber sehr viel von der Reichsregierung befreit
worden sei.

Nun ist weiter von den Deutschnationalen

die Verwaltungsaufsicht als „parteiliche Stellung-
nahme“ bezeichnet worden. (Rufe bei den Dtn.: Sehr richtig!
dafür haben Sie nur keinen Sinn!) Doch ich habe dafür
einen sehr ausgeprägten Sinn, nachdem ich bei den Vor-
gängen im Reichstagsministerium gesehen habe, welche
Stimpfer wir in dieser Beziehung gesehen sind. (Sehr
gut! links). Der Unterchied besteht nur darin, daß
wir möglichste republikanische Beamte in
leitende Beamtenstellungen setzen, während
man dort Republikanismus beiseite stellt und Mo-
narchismus einstellt. Wir werden nach wie vor be-
strebt sein, unsere Verwaltung mit republikanischen Be-
amten zu erfüllen. (Geheißer links).

Der Ministerpräsident ging sodann auf

die deutschnationale Interpellation im Falle Bahren

ein. Bahren habe es als Universitätsprofessor in Greif-
swald fertig gebracht, Studenten zu veranlassen, die
Reichsregierung vom Universitätsgebäude
herunterzuwerfen mit den Worten

Schwarz + rot + mehrschüssig herunter!

Unter stürmlichem Beifall der Linken und der Mitte folgte
der Ministerpräsident fort: Wenn ein Beamter sich in
dieser Weise gegen die verfassungsmäßigen Organe ver-
hält, ist es in der Tat mehr für ihn in der preussischen
Verwaltung. Zum Falle Claß erklärte
der Ministerpräsident, daß er Herrn Claß nicht für so
harmlos halten könne, wie er sich selbst vor dem Reichs-
gericht gehalten habe und daß auch in allen anderen Fällen
die preussische Regierung ebenso in Erfüllung ihrer Pflicht
eingetreten werde. (Bravo links und in der Mitte). Die
preussische Polizei wird auch in Zukunft entschlossen und
rücksichtslos gegen alle Vorgehen, die von rechts oder
links durch Überfälle auf Unversandende die Ordnung
stören.

Zum Schluß wandte sich der Ministerpräsident gegen
die Ausführungen des Abgeordneten Schlang-
schönungen auf einer deutschnationalen Tagung, auf
der dieser behauptet hatte, der deutsche Osten habe zwei
Gegner, die Polen und die preussische Regierung. Unter
stürmlichem Beifall der Reaktionsparteien bezeichnete der
Ministerpräsident diese Ausführungen als die denkbar
schlimmste Demagogie. (Geheißer Beifall).

Abg. Dr. Schwering (Z.) widerspricht der deutschna-
tionalen Auffassung im Falle Claß. Jedenfalls sei es
besser, wenn die Regierung eingreife, als wenn der Staat
zugrunde gehe. Die Deutschnationalen beklagen
sich über Parteipolitik, dabei haben sie doch vor
dem Kriegesausbruch die schärfste Parteipolitik
geführt, das man sich denken kann.

Unerschützt ist der Vorwurf, das Regime Braun sei
eine Aera des Niederganges gewesen.

Dabei hat Preußen gerade in dieser Zeit große wirtschaft-
liche und kulturelle Leistungen aufzuweisen. An dem ge-
waltigen Aufstieg haben allerdings demokratische und
republikanische Kräfte gearbeitet, nicht Deutschnationale.
Das Zentrum hat jedenfalls wirklich staatspolitische
Arbeit geleistet.

Abg. v. Campe (D. Vp.) erklärt, der Austritt der
Deutschen Kampartei aus der großen Koalition in
Preußen sei aus dem Zwang der damaligen Verhältnisse
erfolgt. Ebenso lagen die Dinge jetzt im Reich. Die
Deutsche Volkspartei halte es für eine der vornehmsten
Aufgaben, vom nationalen Standpunkt aus, daß das
Reich die Machtverhältnisse, die es nach beifolgt, festigt.
Es kommt somit einmal der Tag, wo mit denselben Gründen,
die der Ministerpräsident gegen den Panzerkreuzer an-
führt, die Reichswehr ausgebaut wird. (Geheißer sehr
richtig! rechts). Wir halten jeden möglichen Schutz von
Ostpreußen für notwendig. (Sehr richtig! rechts).

Ministerpräsident Dr. Braun erklärte: Wenn
der Wunsch kleiner Länder zu einem Aufgehen
in Preußen vorhanden ist, dann werde sich das ganz
von selbst ergeben, ohne daß die Parlamente dazu

drängen. Wir stehen verschiedentlich in Un-
terhandlungen, aber nicht in offiziellen.

Ein offizielles Angebot der lippischen Regierung
über den Anschluß ist nicht ergangen.

Im übrigen würde ja Preußen bei dem Anschluß eines
kleinen Landes mehr wirtschaftlich noch politisch gewin-
nen. Es würde höchstens seinen ohnedies verhältnismäßig
zu geringen Einfluß im Reichstag noch mehr verlieren.
Jediglich des Panzerkreuzers bediente der Ministerprä-
sident noch: Ebenso wie die Reichsregierung die Torpedo-
boote, die uns erlaubt wurden, für unzumutbar hält,
ist es bei mir mit den Panzerkreuzern, die uns gestattet
wurden.

Abg. Vied (R.) erklärt, das Regime Braun habe
einen immer mehr verschärften reaktionären Kurs gegen
die Arbeitermassen zu verzeichnen.

Abg. Riedel (D.) erklärt, unerschützt seien die hinter-
hältigen Angriffe der Deutschnationalen. Sie klagen über
die Not der Landwirtschaft. Haben wir nicht einen
deutschnationalen Reichsfinanzminister? Geradezu
höpferisch werde zum Pflanzungs- und Steuer-
recht aufgeführt.

Diesen Herren sollte der Ministerpräsident eins aufs Maul
geben, daß ihnen Hören und Sehen vergeht.

Abg. Labendorf (W. Vp.) setzt sich dafür ein, daß
weniger von Politik gesprochen werde, daß aber die Wir-
tschaft leistungsfähiger gemacht werde. Je größer die Ver-
waltung, je teurer gestalte sich der Apparat.

Die Differenzen zwischen Rumänien und Ungarn.

Chamberlain schlägt ein erweitertes
Schiedsgericht vor.

Genf, 9. März. Der Völkerbundsrat hat heute vor-
mittags in öffentlicher Sitzung die Beratung des ungarisch-
rumänischen Disputantes fortgesetzt. Chamber-
lain als Vorsitzender leitete die gefälligen Ausführun-
gen der Vertreter der beiden Parteien dahin zusammen,
daß die Vorschläge des Rates für eine gültige Beilegung
des Streites keinen Erfolg hatten. Die von Un-
garn vorgeschlagene Ernennung der rumänischen Ge-
richte allein stelle keine Lösung dar. Für diesen Fall
liege die Gefahr, daß der seit 1923 schwelende Streit
in die Beziehungen zwischen den beiden
Parteien immer weiter vergiftet, wodurch
mittlerweile Europa eine Wunde zuzufügen würde, die
eine dauerhafte Gefahr für den Frieden Europas wäre.
Chamberlain schloß an diese mit innerer Bewe-
gung vorgetragenen Gedanken einen feierlichen
Appell an den guten Willen der beiden Parteien, um
endlich einen Weg zur Lösung finden zu können. Als
solchen Weg schlägt er vor, daß der Rat das durch den
Vertrag von Trianon geschaffene, gemischte un-
garisch-rumänische Schiedsgericht, in dem der
von der rumänischen Regierung zurückgezogene
Nichter seine Arbeit wieder aufnehmen könne,
durch zwei neutrale Persönlichkeiten er-
gänzt.

(Die Tragweite dieses Vorschlages liegt weniger in
der praktischen Lösung des Disputantes durch ein er-
weitertes Schiedsgericht als vielmehr in dem Umstand,
daß damit ein erster Schritt zur Möglichkeit einer
Beilegung der Friedensverträge gegeben ist, nach
deren Beilegung die Bestimmungen des Schiedsgerichts
aus zwei Parteivertretern und einem neutralen Präsi-
denten zusammenzufügen. D. Red.)

Clotau machte zunächst die Anregung, die weite-
ren Verhandlungen für vertraulich zu erklären.
Chamberlain trat dieser Anregung sehr entschieden
mit der Bemerkung entgegen, daß die ganze Welt ein
Interesse an der öffentlichen Beratung dieser Angele-
genheit habe, und daß der Rat den Mut dazu
aufbringen müsse. Der Rat stimmte der Auffassung
des Berichterstatters zu, worauf als erster Briand
zu dem englischen Vorschlage äußerte und der unter
starker Betonung der Verantwortlichkeit, die die beiden
Parteien für die dauernde Konfliktierung des Friedens
in einem besonderes befähigten Teil Europas auf sich
nehmen müßten, den englischen Antrag als eine
herausragende Lösung bezeichnete und sich voll-
kommen zu eigen machte. Jede Vermeidung von Schwie-
rigkeiten zwischen den Völkern, so sagte Briand schaffte
neue Kriegesgeister. Nach einem nochmaligen Hin-
weis auf die besondere Verantwortlichkeit der beiden
Parteien, in deren Hand es liege, eine dauernde Kon-
fliktierung zu beilegen, schloß Briand mit einem
feierlichen Appell an Rumänien und Ungarn, sie mögen
im Interesse der Gerechtigkeit und des Friedens den
Vorschlag Chamberlains annehmen. Clotau gab die
kurze Erklärung ab, daß er noch die Hoffnung habe, daß
die beiden Parteien zu einer gerechten Verständigung
kommen, daß aber, wenn dies nicht möglich sein
sollte, man den Vorschlag Chamberlains annehmen müsse.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann gab seiner
Zufriedenheit mit dem Vorschlag Chamberlains Ausdruck,
durch den bewiesen sei, daß der Rat in dieser schwierigen
Angelegenheit nicht zu einem non possumus gelangt sei.
Dr. Stresemann erklärte, er hätte, selbst wenn der Cham-
berlain'sche Vorschlag nicht erfolgt wäre, beschäftigt, die
Vermeidung an den Saager Gerichtshof zu bean-
tragen. Es handele sich heute darum, ob die Probleme
der Nachkriegszeit vom Völkerbund gelöst werden kön-
nen, ohne ein unter der Wische fortglühendes Feuer
zu hinterlassen. Wie in bürgerlichen Streitig-
keiten, so könne auch im internationalen Leben die Lö-
sung oft lange auf sich warten lassen. Das sei kein
Ankern des Völkerbundes, wohl aber, wenn der Bund
erklärt hätte, daß er alle Möglichkeiten zur Vermeidung
eines Konfliktes erschöpft hat.

Nachdem sämtliche am vorliegenden Streitfall nicht
beteiligten Ratsmitglieder in kurzen Worten ihre Zu-
stimmung zum Vorschlage Chamberlains erklärt ha-
ten, betonte der Ratsvorsitzende Urzula, daß durch

Abg. Wiegand (Sog.) gibt folgende Er-
klärung ab: Aus der Tatsache, daß der Völkerbundrat dieses
hohen Hauses zu dem wichtigen Etat des Ministerpräsi-
denten den Fraktionen nur eine halbe Stunde und den
Fraktionen insgesamt nur eine Viertel Stunde Rede-
zeit eingeräumt hat, geht unseres Erachtens deutlich her-
vor, daß selbst der Völkerbundrat dieses hohen Hauses den
Herrn Ministerpräsidenten nicht mehr ernst zu nehmen
scheint. Es ist unmöglich, in der uns zur Verfügung
stehenden kurzen Zeitpaune die wüßselige Rede, die der
Herr Ministerpräsident heute gehalten hat, (stürmische
Unterbrechungen) auch nur einigermaßen gebührend
zurückzuweisen.

Abg. Dr. Marek (D. R.) betonte, das über-
triebene parlamentarische System ebenso wie die Partei-
wirtschaft in der Beamtenpolitik beeinträchtigen den Zu-
sammenhang des Ganzen und die Stärke des Staates.
Politik sei die Aera Braun in der Tat eine Aera des
Niederganges.

Hierauf nimmt Ministerpräsident Braun
noch einmal das Wort, um zu erklären, daß eine her-
absetzende Kritik des Vordrängers auf das heutige
Beamtenum auf das ausdrücklich zu rufen sei.
müsse. Das heutige Beamtenum sei vor ganz andere Auf-
gaben gestellt worden, wie es vor dem Kriege der Fall
gewesen sei. Es sei seinen Verantwortlichkeiten gerecht
geworden und habe seine Pflicht voll erfüllt.

Damit schließt die Aussprache, die Abstimmungen
werden später stattfinden.

Nach 15 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch,
15. März, 12 Uhr: Zweite Lesung des Kultusetats.

Dieser Vorschlag die Prinzipien der internationalen Ge-
richtsbarkeit, die Grundlage der geordneten internationalen
Beziehungen gewahrt seien und forderte die beiden
Parteien auf, ihre Zustimmung zu erklären. Cham-
berlain brachte hierauf seinen Vorschlag formell als An-
trag ein. Der Rat setzte darauf die Beratung der anderen
auf der Tagesordnung stehenden Fragen fort.

Rumäniens Halsstarrigkeit trotz Briands Beschwörungen.

Genf, 9. März. Der Völkerbundsrat hat heute
nachmittags in öffentlicher Sitzung beschlossen, die weitere
Behandlung des ungarisch-rumänischen Disputantes
auf seine nächste Session zu verlagern. Dieser Be-
schluß, zu dessen genauer Formulierung die Be-
ratung nach fast dreistündiger Dauer unter
Berücksichtigung der rumänischen Regierung und unter
Beachtung der rumänischen Regierung Zeit zu einer end-
gültigen Stellungnahme zu der heutigen Empfehlung des
Rates geben. Er kam zustande, nachdem Graf Ap-
poni im Namen seiner Regierung die Bedingungen
Josef Annahme der von Chamberlain gemachten
vom Rat einstimmig angenommenen Empfehlung erklärt
hatte, während Titulescu seine Annahme davon ab-
hängig machte, daß die heutige Empfehlung als ein
Ergänzung zu dem Ratsbericht vom letzten Septem-
ber und den darin enthaltenen drei Grundfragen gelte,
und die beiden neuen Mitglieder des ungarisch-
rumänischen gemischten Schiedsgerichts an diese drei
Grundfragen gebunden sein sollten. Würden diese Voraus-
setzungen nicht erfüllt, so müsse er im Auftrage sei-
ner Regierung den Vorschlag ablehnen. Chamberlain
erklärte, dieser Vorbehalt komme einer Ableh-
nung gleich. Als Titulescu erklärte, daß die Ant-
wort seiner Regierung, der er selbstverständlich die Em-
pfehlung sofort übermitteln werde, nicht an-
ders lauten könnte als die bereits gegebene, er-
griff Briand das Wort, um in so eindringlicher Weise
und unter wiederholter Betonung seiner Freunds-
schaft für Rumänien und Titulescu diesen inneren
zur Annahme des Vorschlages zu bewegen. Titulescu
außenminister Dr. Stresemann wandte sich
die Auffassung Titulescus, daß er dem Völkerbund
treu bleibe, während der Völkerbund selbst, d. h.
seinen früheren Entschlüssen, untreu werde. Rats-
präsident Urzula schloß jedoch die Beratung bis
zur nächsten Ratssession vor, um der rumänischen
Regierung ausreichend Zeit zur Erwägung der
gelungen Situation und zur Aufnahme direkter Verhand-
lungen zu geben, wobei der Empfehlung des Rates Nach-
achtung getragen werden soll.

Wieder einmal Vertagung.

O Genf, 9. März. Ohne die Öffentlichkeit wieder-
herzustellen, hat der Völkerbundsrat heute abend in
einer fast zweistündigen, kurz vor 8 Uhr beendigten ver-
traulichen Sitzung seine Beratungen über den ungarisch-
rumänischen Disputantenkonflikt für die gegenwärtige Ta-
gung abgeschlossen. In der vertraulichen Sitzung
wurden zunächst verschiedene Vorschläge für die endgül-
tige Beilegung der seit vorliegenden Stellungnahme des
Rates teils von Titulescu, teils von Graf Ap-
poni, der selbst einen Gegenantrag gemacht
hatte, abgelehnt. Schließlich einigte man sich darauf,
daß heute normiert vom Berichterstatter Chamber-
lain vorgeschlagene und dann vom Rat einstimmig ge-
nehmigte Empfehlung mit einer Präambel zu
verleihen, in der ausgeführt wird, daß der Völker-
bundrat im September vor. Ja, als den beiden Weg
zur Lösung des Konfliktes eine gültige Beilegung
zwischen den beiden Parteien eingeleitet er-
suchte und zu diesem Zweck drei Grundfragen vorge-
schlagen und empfohlen hatte. Mit diesem einstimmig
angenommenen Beschluß des Rates, für den weder
Titulescu noch Graf Apponi getimmt
haben, werden die Vertreter der beiden Parteien gleich-
zeitig gebeten, diese Stellung des Rates ihren Regie-
rungen mitzuteilen, damit die Frage in der nächsten
Ratsagung von neuem vor dem Rat behandelt werden
kann.

Münster/241.9.

8.8.

erier.
e's in 6 Akten.
d Spiel ist
d
stspiel
rumpf.
bewahrt.

